

Quelle: Hockenheimer Tageszeitung vom 23.12.2015

Bahnlärm: Bürgerinitiative BISS an Mitwirkung in gebietsübergreifender Interessengemeinschaft interessiert

Neue Trasse bringt mehr Krach

Von unserem Redaktionsmitglied Hans Schuppel



250 Güterzüge rattern täglich durch Hockenheim und sorgen vor allem nachts für unzumutbaren Lärm. Die Bürgerinitiativen in der Region wollen angesichts der zu erwartenden Erhöhung des Zugaufkommens nun gemeinsam vorgehen.

© Privat

Bahnlärm und kein Ende: Permanent rollen Güterzüge durch die Stadt und rauben vielen Hockenheimern nicht nur den Schlaf. Je nach Windrichtung könnten viele Anwohner meinen, ein Zug fahre direkt durch die Wohnung. Alle Bemühungen von Stadt und Bürgerinitiative Stille Schiene Hockenheim (BISS) fruchteten nichts: Seit 34 Jahren, fünf Monaten und 22 Tagen wartet Hockenheim darauf, dass die Bahn ihre im rechtswirksamen Bebauungsplanverfahren von 1981 gegebenen Zusagen hinsichtlich der Einhaltung von Lärmpegeln einhält. Passiert ist nichts. Im Gegenteil: Bis 2025 soll sich das Verkehrsaufkommen um etwa 60 Prozent erhöhen. Dann würde alle zwei bis drei Minuten ein Güterzug durch Hockenheim donnern.

Nachdem Ende Juni die Anhörung zum laufenden Planfeststellungsverfahren "Anpassung Schallschutz" Hockenheim stattfand, hat sich nicht mehr viel getan. Zwar wurde das

Protokoll der Anhörungsveranstaltung in der Stadthalle veröffentlicht und die seit Ende November vorliegende, offizielle Kommentierung durch das Regierungspräsidium Karlsruhe als Anhörungsbehörde befindet sich derzeit in der Auswertung. Konrad Sommer von BISS geht jedoch davon aus, dass das Eisenbahnbundesamt den Kommentar des Regierungspräsidiums ignorieren werde wie zuvor die 700 Einwendungen gegen die aus Hockenheimer Sicht viel zu geringen Lärmschutzvorschläge der Bahn.

Gesundheitsrisiko für Bahnanlieger

Etwas mehr Bewegung kommt nun von anderer Seite ins Geschehen. Konrad Sommer erläutert gegenüber unserer Zeitung: "Die Frage des zukünftigen Trassenverlaufs der Bahnverbindung zwischen Frankfurt und Mannheim nähert sich nach jahrelanger Diskussion einer Entscheidungsfindung. Und damit wird eine zu erwartende nächtliche Bahnlärmgefährdung für mehr als Hunderttausend Bürger entlang der geplanten Trasse immer greifbarer."

Entsprechend würden sich nun in Windeseile neue Bürgerinitiativen bilden. Landräte, Kommunalpolitiker sowie Ober- und Bürgermeister beginnen zu realisieren, dass die geplante Neubaustrecke zu einem Gesundheitsrisiko für viele zukünftige Bahnanlieger werden könnte.

Schlimmer noch wirke die Erkenntnis, dass die durch die Neubautrasse verdoppelte Verkehrsbelastung anschließend durch Mannheim oder möglichst knapp daran vorbeigeführt werden muss, und dieses über sogenannte Bestandsstrecken, für welche der Gesetzgeber eigentlich keinerlei zusätzliche Maßnahmen zur Reduzierung des Bahnlärms vorsieht.

"In der Not orientiert man sich nun an der entlang des Hochrheins zwischen Offenburg und Freiburg erfolgreich praktizierten Idee der Schaffung eines Projektbeirats, welcher gleichermaßen mit politischen Vertretern aus Bundes-, Landes-, Kreis- und Kommunalpolitik sowie Vertretern der Bahn und aus Bahnlärm-Bürgerinitiativen besetzt ist", teilt der Vertreter der Bürgerinitiative mit.

Der Charme dieses Gremiums (wir berichteten darüber in der Samstagsausgabe auf Seite 20) liege laut Sommer ohne Zweifel darin, dass bei jeder Entscheidung diejenigen politischen Institutionen aus Bundes- und Landespolitik, die die im Projektbeirat beschlossenen Baumaßnahmen letztlich finanzieren müssen, bereits mit am Tisch sitzen (was in Südbaden allein für zusätzliche Investitionen in den Schutz gegen Bahnlärm in Höhe von mehr als zwei Milliarden Euro geführt hat).

Gemeinsame Ziele abstimmen

Um dieses Ziel auch für die Metropolregion Rhein-Neckar zu erreichen, seien laut Konrad Sommer zwei wesentliche Voraussetzungen notwendig. Die politischen Vertreter der Städte und Landkreise sollten sich im Vorfeld der Schaffung eines solchen Projektbeirats sehr gut über ihre gemeinsamen Ziele und Forderungen abstimmen, "sonst werden sie

von den dort ebenfalls anwesenden Vertretern des Bundes- und der Landesverkehrsministerien sprichwörtlich zerlegt". Zum anderen müssen sich die involvierten Bürgerinitiativen miteinander verständigen, denn diese werden sicherlich nicht mit mehr als zwei Vertretern am Tisch sitzen, vermutet die BISS. Entsprechende Gespräche zwischen den Bürgerinitiativen (BI) mit dem Ziel, einen abgestimmten und gemeinsamen Forderungskatalog vorlegen zu können, sind im Oktober dieses Jahres angelaufen. Aufgrund unterschiedlicher Vorstellungen zum zeitlichen Ablauf dieser Gespräche sei es Ende November zur Gründung der "Interessengemeinschaft Bahnregion Rhein-Neckar 21 (IG BRN 21)" unter Beteiligung von nur drei BIs gekommen.

Die ursprünglich ebenfalls beteiligten Initiativen aus Lorsch und Hockenheim waren zu diesem frühen Zeitpunkt nicht bereit, als Gründungsmitglieder für die IG BRN 21 zur Verfügung zu stehen. Konrad Sommer: "Zum damaligen Zeitpunkt war die Sache einfach noch nicht reif."

Die Bürgerinitiative Stille Schiene Hockenheim hat sich bereits im September positiv über eine mögliche Beteiligung geäußert. Konrad Sommer gibt die Meinung des BISS-Vorstandes wieder: "Wir sind auch weiterhin sehr an einer Mitwirkung in der IG interessiert und werden diese auch vollziehen, sobald einige noch offene Fragen hinsichtlich Zielsetzung und Organisation der IG BRN 21 einvernehmlich geklärt sind." Die entsprechenden Gespräche werden im Januar fortgesetzt.

© *Hockenheimer Tageszeitung, Mittwoch, 23.12.2015*